



Resolution der SPD Stadtrats- und Kreistagsfraktion Aschaffenburg

Verabschiedet am 16. September 2009 im Bernhard-Junker-Haus der AWO in Aschaffenburg

Industrieregion bayerischer Untermain stärken!

Takata-Petri Lenkradfertigung weiterentwickeln, Arbeitsplätze krisensicher machen!

Zum 3. Mal innerhalb von 8 Jahren will der Vorstand von Takata-Petri Industriearbeitsplätze in Aschaffenburg abbauen. Jetzt sollen 335 Menschen ihre Arbeitsplätze verlieren. Das betrifft über 300 Familien in unserer Region. Mit diesem Abbau soll endgültig die Lenkradfertigung in Aschaffenburg geschlossen und eine über 80 jährige Tradition beendet werden.

Die Argumente des Vorstandes, die Entscheidungen seien wirtschaftlich ohne Alternativen, wollen wir so nicht akzeptieren. Takata-Petri hat in Aschaffenburg die weltweit modernsten Fertigungsanlagen und Verfahrenstechniken für Lenkräder und Airbags. Entwicklung, Prototypenbau, Serienbetrieb und Verfahrenstechnik stehen in einer unmittelbaren Wechselbeziehung. Synergien können nur erfolgreich entstehen, wenn diese Wechselbeziehung ortsgebunden erhalten bleibt. Takata_Petri muss seine Kostenprobleme im Management und administrativen Bereich lösen und nicht betriebliche Wertschöpfung vernichten. Wir unterstützen die Initiative „Eine Region steht auf – Takata kämpft“ und fordern den Vorstand und den Eigentümer auf, mit dem Betriebsrat und der Gewerkschaft Vereinbarungen zu treffen, die die Arbeitsplätze am Standort Aschaffenburg erhalten.

Wir unterstützen dabei die Forderung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

- das Kompetenzzentrums Lenkrad mit allen Funktionen zu erhalten und auszubauen, um serienfähig zu bleiben,
- Synergien zu nutzen, die nur in der Kombination zwischen Entwicklung und Fertigung aller Module (Lenkrad, Airbag, Elektronik) vorangetrieben werden können,
- ergänzende Produktionsfelder, gerade in der Krise, zu suchen um Arbeitsplätze langfristig zu sichern
- und auf betriebsbedingte Kündigungen über den 31.12.2009 auf weitere fünf Jahre zu verzichten.

Als SPD Kommunalpolitiker in der Region erwarten wir von der Unternehmensleitung und dem Eigentümer, dass sie ihren sozialen Beitrag zur Stabilisierung der Region in wirtschaftlich schwierigen Zeiten leisten.